

FLUCHTPUNKT KOMMUNE - Perspektiven auf Gesundheitsförderung bei Geflüchteten und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Satellitenveranstaltung zum Kongress Armut und Gesundheit

Mittwoch, 15. März 2017, 11.00 bis 17.30 Uhr

Technische Universität, Straße des 17. Juni 30 Uhr, 10623 Berlin

Forum 1: Informationsvermittlung und Zugänge zur Gesundheitsförderung

Moderation: Dr. Sabine Fischer, Gesundheitsamt Frankfurt/M.

Hinweis: Die PowerPoint-Präsentationen zu den Vorträgen finden Sie [hier](#).

Impulsvortrag: Interkulturelle Gesundheitsaufklärung für Geflüchtete

Referierende: Marisa Pietzsch, Gesundheitsamt Frankfurt/M. und Fahra Mazlaghani, Kommunale Gesundheitsinitiativen interkulturell, Frankfurt/M.

- Seit 2012: Aufbau eines kommunalen Netzwerkes zum Thema gesundheitliche Aufklärung und Prävention insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Fluchtgeschichte: „kommunale Gesundheitsinitiativen interkulturell“ (KoGi)
- Orientierung am Setting-Ansatz der Gesundheitsförderung: Initiator des Projektes: öffentlicher Gesundheitsdienst Frankfurt/M.
- Träger und Akteure der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit: Stadt Frankfurt/M.; Amt für Gesundheit – Gesunde Städte-Projekt; Servicestelle Bürgerinnen und Bürgerbeteiligung; soziale und pädagogische Beratungseinrichtungen, Vereine, Wohlfahrts-einrichtungen, Selbsthilfegruppen und -initiativen sowie schließlich die Gesundheitslotsinnen und Gesundheitslotsen mit Migrationshintergrund
- Vonseiten der Leitung des Gesundheitsamtes Frankfurt/M. ist die Stärkung und Erweiterung des stadtweiten Netzwerkes zur interkulturellen Gesundheitsbildung bspw. von Einrichtungen des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens geplant.
- KoGi-Ausbildung: einjährige theoretische Schulung interkultureller Gesundheitslotsinnen und Gesundheitslotsen für den Einsatz in den Gemeinschaftsunterkünften (GU): Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen zu Gesundheitsthemen wie (Mund-) Hygiene, Ernährung, Frauen- bzw. Männergesundheit, psychische Gesundheit
- Die Lotsinnen und Lotsen sind Mittler zwischen Menschen mit Fluchtgeschichte und den Gesundheitsdiensten; neben den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern der Unterkünfte sind die Lotsinnen und Lotsen erste professionelle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu Themen der Gesundheit
- Ziele: Verbesserung der Orientierung im Gesundheitswesen sowie der bereichsübergreifenden Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Einrichtungen des Gesundheitswesens; Sensibilisierung für Gesundheitsthemen; Hilfe zur Selbsthilfe

Herausforderungen/Maßnahmen zum Abbau von Zugangsbarrieren

- Sprache, Bildung
 - Bereitstellung mehrsprachiger Informationsmaterialien zu gesundheitspezifischen Themen vor den Veranstaltungen, auch für Analphabeten
 - Begrenzung der Themen und Berücksichtigung des konkreten Bedarfs
- schwere Erreichbarkeit der Männer bezüglich sensibler Gesundheitsthemen
 - vermehrte Akquise von männlichen Lotsen nötig
- schwankende Teilnehmerszahlen an den KoGi-Veranstaltungen sowie Überschneidungen mit anderen Informations- und Freizeitveranstaltungen in den GU
 - Verbesserung von Terminabsprachen und Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Ehrenamtskoordination der GU und den Gesundheitslotsinnen und -lotsen
- Hoher Koordinationsaufwand u. a. hinsichtlich der kommunalen und interdisziplinären Zusammenarbeit bspw. mit den Trägern und Leitenden der Unterkünfte
 - Verbesserung des Austauschs zur Vermeidung von Parallelstrukturen
- Evaluation

Impulsvortrag: Verbraucherschutz – ein Thema für Flüchtlinge?

Referierende: Dr. Min-Sung Kim und Prof. Dr. Theda Borde, Alice Salomon Hochschule, Berlin

- Vorstellung der Auftragsstudie des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) in den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen von 04/16 bis 12/16
- Studienrelevante Fragen:
 - Welche Erfahrungen mit Verbraucherschutzproblemen gibt es?
 - In welchen Bereichen des Verbraucherschutzes gibt es besonderen Informations- und Handlungsbedarf? Welche Art von Informationen wird benötigt?
 - Wie können schließlich die Verbraucherschutzrechte für Menschen mit Fluchtgeschichte gestärkt werden? Wie können Informationen angemessen aufbereitet und vermittelt werden, um den unterschiedlichen Bedarfen/ Bedürfnissen der Geflüchteten – abhängig von Alter, Geschlecht, Bildungsstand etc. – gerecht zu werden?
- Ziele:
 - stichprobenweise Erfassung der Informationslücken und des Informationsbedarfs im Bereich des Verbraucherschutzes zur Stärkung der Verbraucherschutzrechte für Menschen mit Fluchtgeschichte

- Erfassung erfolgte durch Befragungen von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern (Online-Fragebogen) sowie von Menschen mit Fluchtgeschichte (direkte Befragung)
- Berücksichtigte Bereiche: u.a. Wohnung, Versicherung, Bank, Arbeit, Bildung, TV, Rundfunk, Lebensmittelsicherheit, Kaufverträge, Asylrecht, Gesundheitsversorgung
- Ergebnisse
 - ✓ Das Thema Verbraucherschutz ist nicht das primäre Problem von Menschen mit Fluchtgeschichte, eher Asylanträge, Familienzusammenführung etc.: Verbraucherschutzrechte sind insbesondere während der Zeit in den Unterkünften von geringer Bedeutung; Fragen stellen sich meist erst bei konkreter Problemlage bzw. bei konkretem Bedarf
 - ✓ Auswertung und Vergleich der Fragebögen: Die Antworten beider Zielgruppen weichen voneinander ab - möglicherweise bedingt durch unterschiedliches Wahrnehmen und Erleben
 - ✓ Primäre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei Fragen/Problemen: insbesondere Freundinnen und Freunde, Mitarbeitende der Einrichtungen, Bekannte/Verwandte; zuletzt Flüchtlingsberatungsstellen, Beratungsstelle für Verbraucherschutz und juristische Beratung
- Empfehlungen zur Stärkung der Verbraucherschutzrechte für Menschen mit Fluchtgeschichte:
 - Da das Thema Verbraucherschutzrechte bei Menschen mit Fluchtgeschichte bisher kein primäres Problem darstellt, ist schwer einschätzbar, welche prinzipielle Hilfe/Unterstützung zu diesem Thema angemessen und sinnvoll ist.
 - Weiterführung und Erweiterung der Studie sinnvoll: Hinzunahme weiterer Bundesländer, Kommunen, Unterkünfte und Durchführung weiterer Interviews
 - Menschen mit Fluchtgeschichte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für die Themen des Verbraucherschutzes sensibilisieren und adäquate Informationsmaterialien zusammenstellen: insbesondere Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der GU mit Schnittstellen- und Multiplikatorenfunktion, da sie meist erste professionelle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, aber auch Interessenvertretende sind.
- Verstärkung fachübergreifender Kooperationen, bspw. Beteiligung von Migrationsorganisationen